



Berlin, September 2021

## Forderungen und Wahlprüfsteine

des Beirats IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik e. V.  
zur Bundestagswahl 2021

# Weiterbildung im Bereich der digitalen Kompetenzen

## **Ansprechpartner\*innen:**

- Dr. Simone Opel, Sprecherin des Beirats IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik e. V.
- Prof. Barbara Schwarze, Sprecherin des Beirats IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik e. V.

## **Inhalt:**

<b>Geleitwort</b>	<b>1</b>
<b>Zehn Forderungen zur Weiterbildung im Bereich der digitalen Kompetenzen</b>	<b>3</b>
<b>Acht Wahlprüfsteine zur Weiterbildung im Bereich der digitalen Kompetenzen</b>	<b>5</b>
I. Weiterbildungsgesetz auf den Weg bringen	5
II. Weiterbildungsangebote stärken	9
III. Transparenz bei Weiterbildungsangebote erhöhen	12
IV. Bildungsurlaub fördern	15
V. Digitale Teilqualifikationen fördern	18
VI. Weiterbildung in der Breite stärken	21
VII. Digitale Grundkompetenzen vermitteln	23
VIII. Benachteiligten Gruppen Weiterbildung ermöglichen	26
<b>Über den GI-Beirat IT-Weiterbildung</b>	<b>28</b>

## Geleitwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

der digitale Wandel verändert die Anforderungen an die Fähigkeiten, Fertigkeiten und an das Wissen der Mitarbeiter\*innen dramatisch. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht davon aus, dass sich mehr als 35 Prozent aller Berufe bis 2030 grundlegend wandeln werden.<sup>1</sup>

Viele Beschäftigte in Unternehmen stellen fest, dass berufliche Tätigkeitsfelder sich infolge der Digitalisierung wandeln und neue Anforderungen an berufliche Kompetenzen gestellt werden. Laut der kürzlich von der Boston Consulting Group (BCG) und The Network veröffentlichten Studie „Decoding Global Reskilling and Career Paths“ befürchten 41 Prozent der Arbeitnehmer\*innen weltweit, möglicherweise durch Technologien ersetzt zu werden.<sup>2</sup> 68 Prozent sagten, sie würden sich für einen neuen Beruf auch weiterbilden. Befragt wurden rund 209.000 Menschen in 190 Ländern. In Deutschland werden die Folgen der Automatisierung derweil mit am geringsten eingeschätzt.

Im Juni 2019 haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), die Bundesagentur für Arbeit (BA), drei Fachministerkonferenzen der Länder (ASMK, KMK und WMK) sowie Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände eine Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) verabschiedet.<sup>3</sup> Sie hat zum Ziel, „die berufliche Handlungsfähigkeit im Rahmen von Anpassungs- bzw. Erhaltungsqualifizierungen zu sichern oder im Rahmen von Entwicklungs- bzw. Aufstiegsqualifizierungen zu erweitern und berufliche Aufstiege zu ermöglichen. Auch Umschulungen oder der nachholende Erwerb von Grundkompetenzen oder eines Berufsabschlusses lassen sich – in einem weiteren Sinne – zum Bereich der beruflichen Weiterbildung zählen. Ziel betrieblicher Weiterbildungen ist, den Qualifikationsbedarf innerhalb von Betrieben zu decken.“ In der konkreten Umsetzung bleibt die NWS aber Antworten auf viele Fragen schuldig.

Derzeit entstehen viele Plattformen für Weiterbildung – sowohl im berufsbildenden als auch im Hochschulkontext, und dies auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene – wie beispielsweise im Rahmen der „All Digital Initiative“, des vom Bundesbildungsministerium geförderten Innovationswettbewerbs „INVITE“ oder der baden-württembergischen Plattform „Hochschulweiterbildung@BW“. Es besteht die Gefahr, dass die ohnehin schon unübersichtliche Weiterbildungslandschaft noch weiter zerklüftet.

---

<sup>1</sup> Nedelkoska, L., Glenda, Q. (2018): Automation, skills use and training, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 202, OECD Publishing, Paris, S. 49.

<sup>2</sup> <https://www.bcg.com/de-de/publications/2021/decoding-global-trends-reskilling-career-paths> (letzter Aufruf am 13.09.2021).

<sup>3</sup> [https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a42\\_190611\\_BMAS\\_Strategiepapier.pdf](https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a42_190611_BMAS_Strategiepapier.pdf) (letzter Aufruf am 13.09.2021).



Der Beirat IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik e. V. hat für die Bundestagswahl 2021 zehn Forderungen formuliert, um der Bedeutung der beruflichen Weiterbildung vor dem Hintergrund des digitalen Wandels Ausdruck zu verleihen. Zudem hat der Beirat den relevanten Parteien, die bei der Bundestagswahl antreten, Fragen zu deren Plänen hinsichtlich der Weiterbildung im Bereich der digitalen Kompetenzen gestellt und diese im vorliegenden Papier in acht Wahlprüfsteinen eingeordnet. Der Beirat spricht explizit keine Wahlempfehlung aus, die Leserschaft sollte sich selbst ein Bild machen.

Und nun wünschen wir Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und spannende Einsichten.

**Dr. Simone Opel**  
Sprecherin

**Prof. Barbara Schwarze**  
Sprecherin

des Beirats IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik e. V.

## Zehn Forderungen

### **zur Weiterbildung im Bereich der digitalen Kompetenzen**

#### **des Beirats IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik e. V. zur Bundestagswahl 2021**

Die zunehmende digitale Vernetzung, Automatisierung und Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelten werden zu starken Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt führen. Viele Tätigkeiten werden künftig von Maschinen übernommen, dafür entstehen ganz neue Beschäftigungen. Sie erfordern neue Kompetenzen und Fähigkeiten, setzen aber gleichwohl bei berufserfahrenen Beschäftigten auf der Grundlage von Ausbildung und Studium wie auch beruflichem Erfahrungswissen an. Die Weiterbildung bietet neue Chancen für berufliche Quereinstiege und eine Ergänzung vielfältiger Grundlagen.

Deshalb wird es in Zukunft noch viel wichtiger sein, für aktuelle Probleme und Anforderungen heterogene Teams mit jungen Berufseinsteiger\*innen und erfahrenen Beschäftigten zu bilden und diese entlang der neuen Anforderungen differenziert weiterzubilden. Die Weiterbildung generell und die Entwicklung digitaler Kompetenzen im Speziellen müssen in den Fokus einer die Zukunft gestaltenden Politik rücken. Die Politik muss insbesondere diejenigen in der Gesellschaft berücksichtigen, denen bisher keine zu ihrem Lebensumfeld passenden (digitalen) Weiterbildungsangebote gemacht wurden.

Deshalb stellt der Beirat für IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik zehn Forderungen an eine künftige Bundesregierung:

- I. Wir fordern ein Weiterbildungsgesetz, das einen besseren, zielgruppenadäquateren Zugang zu Weiterbildungsangeboten ermöglicht, die Anerkennung von Weiterbildungsleistungen vereinfacht, die Finanzierung von Weiterbildungen verbessert und Mindeststandards für Anbieter\*innen schafft.
- II. Wir fordern partizipative und differenzierte Ansätze für den einfachen Zugang zu Weiterbildungsangeboten sowie zur Sicherstellung ihrer Qualität. Darüber hinaus muss Weiterbildung insbesondere im Bereich der digitalen Kompetenzen dauerhaft gesichert werden, strukturell wie finanziell.
- III. Wir fordern, den Zugang zu Fördermöglichkeiten transparenter und barrierefreier zu gestalten, sodass Weiterbildungsinteressierte sich schnell und einfach einen Überblick über relevante Weiterbildungsangebote verschaffen und die Qualität und persönliche Passung der Angebote im Voraus einschätzen können.
- IV. Wir fordern, den Bildungsurlaub zur Entwicklung digitaler Kompetenzen zu einem integralen Bestandteil von Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer zu machen und darauf hinzuwirken, dass mehr Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

- V. Wir fordern, durch die Förderung eines breiten Portfolios an Angeboten die Möglichkeiten für einem einfachen Erwerb von Teilqualifikationen zu verbessern und auch die Anerkennung derart erworbener Kompetenzen durch den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- VI. Wir fordern, den Ausbau und die Finanzierung regionaler Weiterbildungsangebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen in Kooperation von wissenschaftlicher und unternehmensinitiiertes Weiterbildung auf Bundesebene zu verbessern.
- VII. Wir fordern, digitale Grundkompetenzen in der Breite der Bevölkerung zu vermitteln. Es müssen bundesweite Angebote zur gezielten Vermittlung digitaler Kompetenzen geschaffen werden – insbesondere für Menschen in Beschäftigungen, die einer hohen Digitalisierungsdynamik ausgesetzt sind, sowie für Menschen, die bisher kaum oder gar nicht von Weiterbildungsangeboten erreicht wurden.
- VIII. Wir fordern, einen Angebotsrahmen und Zugang für digitale Weiterbildungsangebote für Menschen mit Sorgeverantwortung zu schaffen, die zu deren zeitlichen Möglichkeiten und Bedarfen passen und ein Community-Building ermöglichen.
- IX. Wir fordern, die Erkenntnisse der Weiterbildungsberichte des Bundes über die fehlende Beteiligung wenig privilegierter Gruppen in regionale und überregionale Angebote einzubinden, ökonomische und soziale Nachteile durch passgenaue digitale Angebote (z. B. *Blended Learning*) auszugleichen und insbesondere Angebote für ländliche Regionen zu entwickeln, zu verbessern und auszuweiten.
- X. Wir fordern, Weiterbildungsangebote zu stärken, die einerseits die wichtigen Zukunftsfragen in Wirtschaft und Gesellschaft – wie Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz – berücksichtigen und hierzu Kompetenzen vermitteln und die andererseits technologische, anwendungsbezogene und gesellschaftlich-kulturelle Perspektiven der Digitalisierung gleichermaßen und in ihrer Verbindung adressieren.

Die Forderungen I bis VIII wurden den politischen Parteien als Fragen zugeleitet, die dem Thema „Weiterbildung“ Raum einräumen. Die Antworten finden Sie in diesem Papier. Grundsätzlich lassen die Wahlprogramme der angefragten Parteien erkennen, dass das Thema Weiterbildung eine gewisse allgemeine Priorität genießt. Die vorgeschlagenen Wege, eine bessere Weiterbildung zu erreichen unterscheiden sich aber mitunter deutlich. Die Konkretisierung im Hinblick auf die Umsetzung der Entwicklung digitaler Kompetenzen von Beschäftigten und spezifischer Angebote für wenig privilegierte gesellschaftliche Gruppen kommt hingegen in allen Wahlprogrammen und Antworten zu kurz.

## Acht Wahlprüfsteine

### zur Weiterbildung im Bereich der digitalen Kompetenzen

Der Beirat IT-Weiterbildung der Gesellschaft für Informatik e. V. hat zehn Forderungen formuliert, acht davon in Wahlprüfsteine überführt und die relevanten Parteien im Deutschen Bundestag<sup>4</sup> um die Beantwortung von acht Fragen gebeten, die sich aus diesen Forderungen ergeben. Die Antworten der Parteien werden in den folgenden acht Kapiteln wiedergegeben. Der Beirat spricht explizit keine Wahlempfehlung aus, die Leser\*innen sollten sich selbst ein Bild machen.

#### I. Weiterbildungsgesetz auf den Weg bringen

Die zunehmende Digitalisierung bringt nicht nur die Notwendigkeit des Umgangs mit neuen Technologien mit sich, sondern verändert auch Abläufe und Prozesse in Unternehmen und Organisationen sowie die Zusammenarbeit innerhalb dieser Arbeitseinheiten. Sowohl die Umbrüche am Arbeitsmarkt als auch die Notwendigkeit für Arbeitnehmer\*innen, digitale Kompetenzen zu erwerben, werden immer größer. Deshalb müssen sowohl seitens der Arbeitgeber\*innen als auch der Bundespolitik große Anstrengungen zur Verbesserung der Weiterbildungssituation in Deutschland unternommen werden. Wie die Adult Education Survey 2018 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zeigt<sup>5</sup>, steigt die Weiterbildungsquote konstant an. Im Jahr 2018 bildeten sich 54 Prozent der 18- bis 64-jährigen deutschen Beschäftigten fort. Dies bedeutet jedoch auch, dass sich immer noch knapp die Hälfte der Beschäftigten nicht fortbildete.

Dafür muss die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, dem Thema Weiterbildung eine deutlich höhere Bedeutung zuzuschreiben. Deshalb fordert die OECD für Deutschland ein kohärentes Weiterbildungssystem, das die Bedürfnisse insbesondere Geringqualifizierter besser berücksichtigt.<sup>6</sup> Die OECD empfiehlt ein deutsches Weiterbildungsgesetz für einen gemeinsamen Rechtsrahmen im gesamten Bundesgebiet, die Einführung von Mindestqualitätsstandards für Weiterbildungsanbieter und höhere Anreize zur Wahrnehmung der Angebote, etwa durch gezielte Aufstockung des Arbeitslosengeldes. Ansprüche auf Bildungszeiten sollten zudem erheblich ausgeweitet werden.

---

<sup>4</sup> Es wurden die Parteien angesprochen, die das Thema ‚Weiterbildung‘ in ihrem Wahlprogramm adressieren. Das waren die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. Im Wahlprogramm der AfD kommt der Begriff ‚Weiterbildung‘ nicht vor.

<sup>5</sup> [https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/pdf/weiterbildungsverhalten-in-deutschland-2018.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/pdf/weiterbildungsverhalten-in-deutschland-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (letzter Aufruf am 13.09.2021).

<sup>6</sup> <https://www.oecd.org/berlin/presse/deutschland-braucht-ein-kohaerenteres-weiterbildungssystem-das-die-beduerfnisse-geringqualifizierter-besser-beruecksichtigt.htm> (letzter Aufruf am 13.09.2021).

### Die Forderung des GI-Beirats

Der GI-Beirat für IT-Weiterbildung fordert – wie die OECD – ein Weiterbildungsgesetz für einen besseren, zielgruppenadäquateren Zugang zu Weiterbildungsangeboten, um eine einfachere Anerkennung von Weiterbildungsleistungen, eine bessere Finanzierung von Weiterbildungen, eine bessere Vergleichbarkeit sowie Mindeststandards für Anbieter\*innen zu schaffen.

### Die Frage an die Parteien

Wie stehen Sie zur Umsetzung eines neuen nationalen Weiterbildungsgesetzes – wie von der OECD angeregt –, das den Rahmen für einen vereinfachten Zugang, für Anerkennung, Finanzierung und Vergleichbarkeit schafft sowie Mindeststandards für Anbieter\*innen setzt?

### Die Positionen der Parteien

- **CDU/CSU:** Die Weiterbildungsförderung ist in Deutschland breit aufgestellt und wurde durch die neuen Fördergesetze noch deutlich ausgebaut. Der weitaus größte Teil der Weiterbildung findet heute während der bezahlten Arbeitszeit statt. Um die Beschäftigten mit den benötigten Zukunftskompetenzen auszustatten, wollen CDU und CSU das Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen. Zudem unterstützen wir Unternehmen und Beschäftigte mit passgenauen Informations- und Beratungsangeboten zur Weiterbildung. Eine entsprechend vorausschauende Forschung zur Kompetenzentwicklung werden wir fördern, um die Weiterbildung attraktiver zu gestalten.
- **SPD:** Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen schaffen. Deshalb setzen wir uns für eine geförderte Bildungszeit und Bildungsteilzeit ein. Wer Bildungszeit oder Bildungsteilzeit beantragt, erhält ein Recht, sich von seinem Beruf freistellen zu lassen oder die Arbeitszeit zu reduzieren. Die Bildungszeiten werden wir mit einer finanziellen Förderung ausgestatten, die Lohn einbußen während der Weiterbildung oder Umschulung angemessen kompensiert – und zwar lange genug, um anerkannte Abschlüsse zu erwerben. Bei den Kosten für die Weiterbildungsmaßnahme werden wir diejenigen unterstützen, die die Mittel nicht oder nicht vollständig aus eigener Tasche aufbringen können. Standards für Weiterbildungsangebote und eine Verbesserung der Transparenz über Fördermöglichkeiten von Bund und Ländern wollen wir mit allen Akteuren im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie voranbringen. Damit werden wir den von der OECD angeregten Rahmen für Weiterbildung setzen.
- **FDP:** Die Weiterbildung wird in den nächsten Jahrzehnten der entscheidende Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben sein. Deshalb wollen wir Freie Demokraten ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben schaffen. Hierfür wollen wir auf Bundesebene die nötigen (gesetzlichen) Voraussetzungen schaffen. Der rechtliche Rahmen darf aber nicht so eng ausfallen, dass neue

Weiterbildungsformate und -themen, die nicht in das enge Korsett staatlicher Zulassungsmuster fallen, keine Chance erhalten. Denn Weiterbildung muss flexibel gestaltbar sein und sich der individuellen Lebenssituation anpassen. Schon bisher besteht die größere Herausforderung darin, aktuelle Förderrichtlinien endlich besser an die Voraussetzungen digitaler Bildungsformate anzupassen. Ein gesetzlicher Rahmen ist gut, wenn er mehr Weiterbildung ermöglicht und incentiviert.

- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Wir GRÜNE wollen die Weiterbildung vom Kopf auf die Füße stellen und setzen uns für einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein. Dafür wollen wir Beratungsangebote in Bildungsagenturen bündeln und ausbauen, damit alle Weiterbildungsinteressierten hochwertige Bildungsberatung erhalten. Um die finanzielle Förderung deutlich zu verbessern, wollen wir Qualifizierung im Rahmen des Umbaus der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung deutlich stärken und bestehende andere Förderinstrumente zu einem Weiterbildungs-BAföG weiterentwickeln. Die Qualität der Angebote wollen wir erhöhen, indem wir die Zertifizierung und Anerkennung von Weiterbildungsabschlüssen und -modulen reformieren. Abschlüsse sollen künftig wie Ausbildungs- oder Studienabschlüsse bundeseinheitlich vergleichbar werden. All das kann grundsätzlich im Rahmen bestehender Gesetze erfolgen und gegebenenfalls auch durch ein Bundesrahmengesetz ergänzt werden.
- **Die Linke:** DIE LINKE setzt sich grundsätzlich für eine Stärkung der Weiterbildung ein und hat in der zurückliegenden Legislatur konkrete Reformvorschläge in den Deutschen Bundestag eingebracht, die auch Antworten auf Ihre zahlreichen Fragen bereithalten: So fordert DIE LINKE einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, um das Recht auf Weiterbildung zu garantieren. Darüber hinaus soll die Einführung eines Weiterbildungsgeldes die Inanspruchnahme und Umsetzung von Weiterbildung erleichtern bzw. überhaupt erst ermöglichen. Ausgangspunkt des entsprechenden Antrags ist explizit die von Ihnen in den Mittelpunkt Ihrer Fragen gerückte Digitalisierung, aber auch, weiter gefasst, die Transformation und die dadurch einmal mehr gestiegenen Anforderungen an die Arbeitnehmer\*innen. Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE auch, die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldbezugs für die Zeiten der Qualifizierung und Weiterbildung bis zu einer Dauer von 24 Monaten nicht zu mindern. Um die Inanspruchnahme und die Qualität der Weiterbildung zu sichern, fordert DIE LINKE u. a., dass der Betriebsrat gesetzlich in die Lage versetzt werden muss, über das „Ob“ und nicht nur das „Wie“ bei Fragen der beruflichen Bildung mitzubestimmen, um vorausschauend und zusammen mit den Beschäftigten Bildungsmaßnahmen planen zu können.

### **Zusammenfassung und Fazit**

Viele der Vorschläge der Parteien zielen auf die Freiwilligkeit in der Umsetzung von Weiterbildungsmaßnahmen in den Belegschaften der Unternehmen. Eine Pflicht zur Weiterbildung plant keine der Parteien. Am weitesten gehen die SPD, Die LINKE und Die





Grünen, die einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung fordern. Die SPD will eine geförderte Bildungszeit und Bildungsteilzeit einführen, für die man sich von seiner Tätigkeit freistellen lassen können soll und die finanziell gefördert wird. Für die FDP ist ein gesetzlicher Rahmen vorstellbar, wenn er mehr Weiterbildung ermöglicht und incentiviert und den Unternehmen kein zu enges regulatorisches Korsett anlege. Die CDU/CSU setzt auf Freiwilligkeit und Bildungsprämien.

## II. Weiterbildungsangebote stärken

Der Weiterbildungsmarkt zeichnet sich durch eine enorme Vielfalt an Akteuren und Angeboten aus. Diese Vielfalt in der Weiterbildung ist Basis und Chance für bedarfsgerechtes, individuelles und lebensbegleitendes Lernen. Allerdings mangelt es an Transparenz im Weiterbildungsmarkt: Die Suche nach passenden Weiterbildungsangeboten und Fördermöglichkeiten ist aufwändig und langwierig.

Die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) hat das unterstützenswerte Ziel identifiziert, „weiterbildungsinteressierten Personen, Beschäftigten und Personalverantwortlichen in Unternehmen eine zielgerichtete Navigation auf dem Weiterbildungsmarkt zu erleichtern.“ Dabei erfordern die vielfältigen Strukturen in der Weiterbildung, dass die Übersichtlichkeit der Weiterbildungs- und Beratungsangebote sowie der Fördermöglichkeiten in Bund und Ländern verbessert wird. Alle Menschen müssen ihren persönlichen Lern- und Entwicklungsprozess noch zielgerichteter und passgenauer gestalten können.

### **Die Forderung des GI-Beirats**

Der GI-Beirat für IT-Weiterbildung fordert partizipative und differenzierte Ansätze für den einfachen Zugang zu Weiterbildungsangeboten sowie die Sicherstellung der Qualität von Weiterbildungsangeboten. Darüber hinaus muss Weiterbildung dauerhaft gesichert werden, strukturell wie finanziell.

### **Die Frage an die Parteien**

Wie wollen Sie den Zugang zu Weiterbildungsangeboten vereinfachen, die Qualität der Angebote sicherstellen und die dauerhafte Sicherung und Nachhaltigkeit der Maßnahmen gewährleisten?

### **Die Positionen der Parteien**

- **CDU/CSU:** CDU und CSU wollen erreichen, dass jeder Mensch in jedem Lebensabschnitt passgenaue und qualitätsgesicherte Weiterbildungsangebote nutzen und nachweisen kann. Die Weiterbildung ist der Schlüssel, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Daher wollen wir eine Nationale Weiterbildungsplattform als Teil des digitalen Bildungsraumes etablieren, der Zugang zu zertifizierten und modularen Formaten und Abschlüssen sowie ein hohes Maß an individueller Orientierung bietet. Die Plattform ist Kernstück einer Modernisierung der Bildung insgesamt. Es geht darum, allen Menschen – vom Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu erleichtern.

Angesichts der sich rasch wandelnden Qualifikationsanforderungen kommt vor allem dem lebensbegleitenden Lernen eine Schlüsselrolle zu. Wir wollen das BAföG flexibilisieren und zu einem Instrument der individuellen Förderung des

Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterentwickeln. Das gilt auch für das Aufstiegs-BAföG.

- **SPD:** Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll nicht erst im Fall der Arbeitslosigkeit auf den Plan treten, sondern dabei helfen, diese gar nicht erst entstehen zu lassen. Dafür werden wir einen Anspruch auf Qualifizierung einführen, der bereits nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift (Arbeitslosengeld Q). Damit halten wir den Betroffenen den Rücken frei, um sich auf das Wesentliche konzentrieren zu können: neue Arbeit zu finden, um wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Mit diesen neuen Instrumenten wollen wir die Bundesagentur für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung umbauen, die ein hochwertiges und individuelles Beratungsangebot gewährleistet und so den Zugang zu Weiterbildungsangeboten deutlich verbessert. Die Überprüfung und Evaluation der Weiterbildungsangebote werden wir dabei in den Blick nehmen und die Angebotsstrukturen weiterentwickeln.
- **FDP:** Für private Nutzerinnen und Nutzer ist der Weiterbildungsmarkt derzeit aufgrund der großen Vielfalt an Weiterbildungsthemen, -formaten und -anbietern nur schwer zu überblicken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen von öffentlichen wie privaten Anbieterinnen und Anbietern transparent und strukturiert in einer digitalen Bildungsarena zugänglich gemacht wird. Diese bundesweite Onlineplattform soll den Zugang zu Weiterbildungsangeboten erleichtern und den derzeitigen „Weiterbildungsdschungel“ übersichtlicher gestalten. Um die große Vielfalt teils auch unkonventioneller Angebote zu stärken, lehnen wir allzu enge zentrale Zugangshürden ab. Insbesondere eine datenbasierte Auswertung des Nutzerfeedbacks kann eine transparente Qualitätseinschätzung jenseits rechtlicher Mindestvoraussetzungen geförderter Bildungsangebote erleichtern.
- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Wir wollen den Zugang zu Weiterbildung insbesondere für jene Gruppen vereinfachen, die heute noch zu selten am lebensbegleitenden Lernen teilnehmen. Dafür möchten wir GRÜNE die vielfältigen Beratungsangebote in Bildungsagenturen bündeln, damit alle Weiterbildungsinteressierten vor Ort und online Zugang zu hochwertigen Informationen rund um Weiterbildung und Qualifizierung erhalten. Die Qualität der Angebote wollen wir erhöhen, indem wir die Zertifizierung und Anerkennung von Weiterbildungsabschlüssen und -modulen reformieren und bundeseinheitlich vergleichbar machen und für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung kann gemeinsam mit den Akteuren der Weiterbildung einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung leisten. Für die dauerhafte Sicherung und Nachhaltigkeit der Maßnahmen wollen wir zudem die Forschung in den Bereichen Berufsbildung und Arbeitsmarkt, die Evaluation der geförderten Maßnahmen sowie ein dauerhaftes



und engmaschiges Monitoring der Entwicklungen auf dem Weiterbildungsmarkt ausbauen.

- **Die Linke:** siehe Antwort auf Frage 1.

### **Zusammenfassung und Fazit**

Die CDU/CSU will eine Nationale Weiterbildungsplattform als Teil des digitalen Bildungsraumes etablieren und das lebensbegleitende Lernen in den Fokus rücken. Dafür soll das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG) reformiert und auf die Weiterbildung ausgeweitet werden. Die SPD will die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln und ein Arbeitslosengeld Q (Qualifizierung) einführen. Die FDP setzt mit einer „digitalen Bildungsarena“ ebenfalls auf eine Onlineplattform für mehr Transparenz im „Anbieterdschungel“. Die LINKE verweist auf ihre Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung und will die betriebliche Mitbestimmung bei dem Thema stärken. Am weitreichendsten sind die Vorschläge der Grünen, die auf neu zu schaffende Bildungsagenturen setzen und die Zertifizierung und Anerkennung von Weiterbildungsangeboten reformieren und bundeseinheitlich vergleichbar machen wollen – beispielsweise durch das Bundesinstitut für Berufsbildung.

### III. Transparenz bei Weiterbildungsangebote erhöhen

Die Weiterbildungslandschaft zeichnet sich durch eine große Vielfalt und eine sehr starke Fragmentierung aus. Passende Weiterbildungsangebote und Fördermöglichkeiten zu finden, kann für Weiterbildungswillige deshalb sehr aufwändig und langwierig sein. Deshalb sollten für weiterbildungsinteressierte Personen, Beschäftigte und Personalverantwortliche in Unternehmen Möglichkeiten geschaffen werden, sich zielgerichtet auf dem Weiterbildungsmarkt zu bewegen und die jeweils passenden Angebote schnell zu finden. Aufgrund der komplexen Strukturen in der Weiterbildung ist es wichtig, dass die Übersichtlichkeit der Weiterbildungs- und Beratungsangebote sowie der Fördermöglichkeiten in Bund und Ländern dergestalt verbessert wird, dass alle Menschen ihren persönlichen Lern- und Entwicklungsprozess noch zielgerichteter und passgenauer gestalten können. Dabei müssen Soloselbstständige, kleinere und mittlere Betriebe besonders in den Fokus genommen werden, da sie häufiger weder über die notwendigen Ressourcen noch über die Kenntnisse und Zugänge zum Weiterbildungsmarkt verfügen.

#### **Die Forderung des GI-Beirats**

Wir fordern, den Zugang zu Fördermöglichkeiten transparenter und barrierefreier zu gestalten, sodass Weiterbildungsinteressierte sich schnell und einfach einen Überblick über relevante Weiterbildungsangebote verschaffen und die Qualität und persönliche Passung der Angebote im Voraus einschätzen können.

#### **Die Frage an die Parteien**

Wie wollen Sie die Transparenz über bestehende Angebote für Arbeitnehmer\*innen erhöhen? Streben Sie eine Vereinheitlichung der Angebotsstrukturen an? Wenn ja, wie wollen Sie diese erreichen?

#### **Die Positionen der Parteien**

- **CDU/CSU:** CDU und CSU werden die Transparenz bestehender Angebote entsprechend der Bildungsbedarfe und -wünsche weiter verbessern. Mit Blick auf den Bestand von derzeit 200 Datenbanken, die unterschiedliche Schwerpunkte der Angebote setzen, soll die Nationale Online-Weiterbildungsplattform eine strukturierte Suche ermöglichen und die verschiedenen Weiterbildungsangebote vergleichbarer machen.
- **SPD:** Zum ersten Mal in Deutschland haben wir eine Nationale Weiterbildungsstrategie ins Leben gerufen, die von Bund, Ländern, Wirtschaft, Gewerkschaften und der Bundesagentur für Arbeit festgelegt wurde. Weiterbildung soll so als fester Bestandteil beruflicher und unternehmerischer Entwicklung etabliert und eine gemeinsame Weiterbildungskultur geschaffen werden, an der alle relevanten Akteure beteiligt sind. Sie liefert Impulse, hält Vereinbarungen der

Partner fest und gibt Maßnahmen vor, um Weiterbildung vor diesem Hintergrund zu fördern.

Die Erhöhung der Transparenz von Weiterbildungsmaßnahmen ist ein Kernanliegen der Nationalen Weiterbildungsstrategie. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit wollen wir eine Nationale Online-Weiterbildungsplattform aufbauen, um relevante Informationen sowie Angebote zu bündeln und einfach nutzbar zu machen. Dabei sollen auch bestehende Angebote der Bundesagentur für Arbeit und weiterer Akteure, insbesondere die Weiterbildungsportale der Länder, einbezogen werden.

Mit dem neuen Bundesprogramm zum Aufbau von Weiterbildungsverbänden werden wir den Austausch und die Vernetzung von mittelständischen Unternehmen in den Regionen unterstützen und die Entwicklung passgenauer Qualifizierungsangebote fördern.

- **FDP:** Auch für kleine und mittlere Unternehmen, die Weiterbildungsangebote für ihre Beschäftigten suchen, ist der Weiterbildungsmarkt derzeit aufgrund der großen Vielfalt an Weiterbildungsthemen, -formaten und -anbietern nur schwer zu überblicken. Hinzu kommen bürokratische Antrags- und Genehmigungsverfahren, die die Nutzung der bestehenden Angebote zusätzlich erschweren bzw. unattraktiv machen. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung einer Digitalen Bildungsarena ein, in der Weiterbildungs- und Beratungsangebote aller Bildungsniveaus und Branchen transparent und strukturiert eingesehen und gebucht werden können wie in einem Online-Shop. Um die große Vielfalt teils auch unkonventioneller Angebote zu stärken, lehnen wir allzu enge zentrale Zugangshürden ab.
- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Wir wollen die Transparenz über bestehende Angebote durch eine Verbesserung und Bündelung der Beratungsangebote in Bildungsagenturen erreichen. Alle Angebote der Weiterbildung und Qualifizierung sowie entsprechende Fördermöglichkeiten sollen sowohl vor Ort als auch online niedrigschwellig erreichbar werden. Wir GRÜNE wollen das Bundesinstitut für Berufsbildung beauftragen, für transparente und anschlussfähige Strukturen in der Weiterbildungslandschaft zu sorgen und die Übergänge zwischen Aus-, Fort- und Weiterbildung durchlässiger zu gestalten. Dabei sollen sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Volkshochschulen, beruflichen Schulen, Hochschulen und nicht zuletzt den Weiterbildungsträgern auf Standards für die bundesweite Anerkennung verständigen. Mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise und von Fachleuten aus der beruflichen Praxis sollen Inhalte strukturiert und in Modulen zusammengefasst werden, die bundesweit anerkannt werden.
- **Die Linke:** siehe Antwort auf Frage 1.



### **Zusammenfassung und Fazit**

Sowohl CDU/CSU als auch SPD wollen, wie in der Nationalen Weiterbildungsstrategie ausgeführt, eine Nationale Online-Weiterbildungsplattform für mehr Transparenz im „Angebotsdschungel“ aufbauen. Die SPD will darüber hinaus ein Bundesprogramm für den Aufbau von Weiterbildungsverbänden aufsetzen, um den Austausch und die regionale Vernetzung von mittelständischen Unternehmen zu fördern. Die FDP lehnt allzu enge zentrale Zugangshürden ab und setzt auf die Entwicklung einer Digitalen Bildungsarena, in der alle Weiterbildungs- und Beratungsangebote gebucht werden können wie in einem Online-Shop. Die Grünen wollen Transparenz und Zugang zu Weiterbildungsangeboten durch die Gründung von Bildungsagenturen erreichen sowie bundesweit einheitliche Standards von Weiterbildungsleistungen und -abschlüssen erreichen.

## IV. Bildungsurlaub fördern

Ein wirksames Mittel, um flächendeckend Weiterbildungen zu ermöglichen, ist der Bildungsurlaub. Im Rahmen eines Bildungsurlaubs, der in manchen Bundesländern auch als Bildungsfreistellung oder Bildungszeit bezeichnet wird, muss der Arbeitgeber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezahlten Urlaub für eine Weiterbildung geben. Darauf haben die Beschäftigten einen gesetzlichen Anspruch – in allen Bundesländern außer in Bayern und Sachsen. Der Bildungsurlaub wird zusätzlich zum regulären Urlaubsanspruch gewährt. Obwohl 77 Prozent der Beschäftigten in Deutschland an Fortbildungen interessiert sind, nehmen derzeit nur ein bis zwei Prozent Bildungsurlaub. Häufig kennen die Arbeitnehmer\*innen ihre Freistellungsansprüche nicht, andere wissen nicht, wie sie Bildungsurlaub beantragen können oder fürchten Nachteile im Betrieb. Dabei kann der Bildungsurlaub ein wirksames Instrument insbesondere zur Stärkung der digitalen Kompetenzen sein.

### **Die Forderung des GI-Beirats**

Der GI-Beirat für IT-Weiterbildung fordert, den Bildungsurlaub zur Entwicklung digitaler Kompetenzen zu einem integralen Bestandteil von Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen und darauf hinzuwirken, dass mehr Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

### **Die Frage an die Parteien**

Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, damit der Bildungsurlaub in Zukunft stärker für die Entwicklung digitaler Kompetenzen genutzt wird und wie wollen Sie ein Recht auf Weiterbildung umsetzen?

### **Die Positionen der Parteien**

- **CDU/CSU:** Die Zuständigkeit für Weiterbildung liegt im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung bei den Ländern. Sie verabschieden eigene Landesgesetze, die den Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub einräumen. Sämtliche Angebote müssen von den zuständigen Landesministerien zugelassen werden und konkrete Kriterien erfüllen. Die Kurse werden von den Nutzern selbst bezahlt und müssen keinen Bezug zur beruflichen Tätigkeit aufweisen. Dies können nur die Landesgesetzgeber ändern.

Auf Bundesebene räumt das Qualifizierungschancengesetz Beschäftigten einen gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildungsberatung ein. Zugleich sieht es eine staatliche Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen vor, damit mehr Menschen an qualitativ hochwertigen Weiterbildungslehrgängen teilnehmen können, insbesondere im Bereich der Digitalisierung. Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern erhalten die kompletten Weiterbildungskosten erstattet. Betriebe von zehn bis 249 Mitarbeitern profitieren von Zuschüssen in Höhe von bis zu 50 Prozent der Kosten. Ist der Arbeitnehmer über 45 Jahre alt oder schwerbehindert,



kann die Bundesagentur für Arbeit sogar bis zu 100 Prozent der Kosten übernehmen. Da das Qualifizierungschancengesetz erst am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist, muss es zunächst evaluiert werden, bevor weitere Maßnahmen anstehen.

- **SPD:** Das Recht auf Weiterbildung wollen wir in allen Lebenslagen ermöglichen. Dafür werden wir einen Anspruch auf Qualifizierung in der Arbeitslosenversicherung einführen, der bereits nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift (Arbeitslosengeld Q). Erwerbstätige werden sich mit unserem Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit auf eigene Initiative und mit staatlicher Unterstützung unabhängig vom Betrieb weiterbilden oder umschulen können. Auch die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger\*innen zu ermöglichen – kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Daher werden wir die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen. Die Förderung digitaler Kompetenzen wird dabei immer wichtiger. Wir setzen uns im Rahmen der Fortführung der Nationalen Weiterbildungsstrategie dafür ein, diese bei allen Akteuren stärker in den Weiterbildungsangeboten zu verankern.
- **FDP:** Die Digitalisierung verändert unsere Arbeits-, aber auch Lebenswelt immer schneller und gleichzeitig nehmen insbesondere Geringqualifizierte und Geringverdiener kaum an Weiterbildungen teil. Das wollen wir ändern. Der Zugang zu Weiterbildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Wir Freie Demokraten wollen ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben schaffen. Für Menschen mit geringem Einkommen wollen wir ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen, das über mehrere Jahre angespart und auch zur Finanzierung von Bildungszeiten genutzt werden kann. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten für alle Menschen ermöglicht werden. Landesgesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub bleiben davon unberührt.
- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Bildungsurlaub oder Bildungsfreistellung fällt in die Kompetenz der Länder und wird dort in den entsprechenden Landesgesetzen geregelt. Bildungsurlaub zielt nicht in erster Linie auf berufliche Verwertbarkeit der erworbenen Kompetenzen, sondern auf die persönliche Bildung der Teilnehmenden entsprechend deren individuellen Interessen. Wir GRÜNE wollen auch jene Länder ermutigen, die bisher über keine Landesregelungen verfügen, allen Beschäftigten Bildungsurlaub zu ermöglichen.

Um die Angebote zur Entwicklung digitaler Kompetenzen auszubauen, wollen wir insbesondere auch die Volkshochschulen unterstützen. Das Recht auf Weiterbildung wollen wir durch einen gesetzlichen Anspruch auf Qualifizierung im Rahmen der Arbeitsversicherung und ein Weiterbildungs-BAföG umsetzen. Die finanzielle Förderung soll durch die Möglichkeit zur befristeten Freistellung von



abhängig Beschäftigten mit einem Anspruch auf Rückkehr in den vorherigen Stundenumfang sowie durch hochwertige netzwerkorientierte Bildungsberatung ergänzt werden.

- **Die Linke:** siehe Antworten zu Frage 1.

### **Zusammenfassung und Fazit**

Die CDU/CSU sieht auf Bundesebene derzeit keinen Handlungsbedarf, bis auf die Evaluation des Anfang 2019 in Kraft getretenen Qualifizierungschancengesetzes. Die SPD setzt auf den Rechtsanspruch auf Weiterbildung und das Arbeitslosengeld Q und will darüber hinaus die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes unterstützen. Die FDP will ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben schaffen und insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen, das über mehrere Jahre angespart und auch zur Finanzierung von Bildungszeiten genutzt werden kann. Die Grünen wollen darauf hinwirken, dass auch Sachsen und Bayern den Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub umsetzen. Auch sie wollen die Volkshochschulen in der Vermittlung digitaler Kompetenzen stärken und das Recht auf Weiterbildung mit Hilfe des gesetzlichen Anspruchs auf Qualifizierung im Rahmen der Arbeitsversicherung und durch ein Weiterbildungs-BAföG umsetzen.

## V. Digitale Teilqualifikationen fördern

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt führt dazu, dass sich viele Tätigkeitsprofile und Kompetenzanforderungen wandeln. Gleichzeitig ist der Weiterbildungsmarkt sehr fragmentiert und die Breite der zu erwerbenden Zusatzqualifikationen und deren Nachweis sehr unübersichtlich. An vielen Stellen können Zertifikate, Micro-Degrees und ähnliche Weiterbildungsnachweise erworben werden.<sup>7</sup> In Deutschland existieren keine einheitlichen, flächendeckenden und standardisierten Möglichkeiten, informell und non-formal erworbene berufliche Kompetenzen verlässlich nachzuweisen.

Um den Fachkräftebedarf zu decken und faire Teilhabechancen zu bieten, müssen die Sichtbarkeit und die Verwertbarkeit informellen beruflichen Lernens und die damit verbundenen Möglichkeiten zum Ausbau beruflicher Kompetenzen und für berufliche Weiterbildung verbessert werden. Fortbildungsabschlüsse und Weiterbildungsangebote müssen so weiterentwickelt werden, dass sie zusätzlichen Kompetenzanforderungen, insbesondere im Zuge der Digitalisierung, Rechnung tragen.

### Die Forderung des GI-Beirats

Der GI-Beirat für IT-Weiterbildung fordert, durch die Förderung eines breiten Portfolios an Angeboten die Möglichkeiten für einen einfachen Erwerb von Teilqualifikationen zu verbessern und auch die Anerkennung derart erworbener Kompetenzen durch den Arbeitsmarkt zu fördern.

### Die Frage an die Parteien

Wie stehen Sie zur Förderung eines breiten, bundesweiten Angebots zum Erwerb von Teilqualifikationen im Bereich der Digitalisierung und wie sollte aus Ihrer Sicht deren Anerkennung auf dem Arbeitsmarkt geregelt werden?

### Die Positionen der Parteien

- **CDU/CSU:** Ein vollqualifizierender Berufsabschluss schützt nachweislich am besten vor Erwerbslosigkeit. Damit die Ausbildungsordnungen mit den Erfordernissen der Digitalisierung und der Dynamik des technologischen Wandels Schritt halten, müssen sie deutlich schneller als bisher aktualisiert werden. Damit einhergehen muss die Weiterbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder. Im Transformationsprozess wächst die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote. Daher wollen wir bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. Zugleich gilt es, das lebensbegleitende Lernen als selbstverständliche Voraussetzung für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit zu etablieren. Aus der Bedeutung globaler Standards für die Funktionsweise digitaler Produkte und

---

<sup>7</sup> Wikipedia weist für die Zertifizierung allein von IT-Kenntnissen über 1000 Zertifikate aus: [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_von\\_IT-Zertifikaten#Einzelnachweise](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_IT-Zertifikaten#Einzelnachweise) (letzter Aufruf am 20. August 2021).

Lösungen ergibt sich die Notwendigkeit, Aus- und Weiterbildungskonzepte hierzulande an diesen globalen Standards zu orientieren. CDU und CSU wollen daher prüfen, inwieweit die internationalen Standards im Bereich der Digitaltechnik und digitaler Lösungen zeitnah in Abschlüsse und Ausbildungsgänge integriert werden können.

- **SPD:** Die Förderung von Nachqualifizierung in Form von Teilqualifikationen sollte eng an das Ziel des Erwerbs eines Berufsabschlusses geknüpft werden. Berufsabschlüsse sind am Arbeitsmarkt eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Beschäftigung.

Ziel sollte die Entwicklung einer bundeseinheitlichen, standardisierten Struktur für die bedarfsgerechte Entwicklung von Teilqualifikationen auf der Basis der Ausbildungsordnungen sein. Hierbei ist zu prüfen, ob förderrechtlich zusätzliche finanzielle Anreize für die Nachqualifizierung - im Rahmen der Förderung beruflicher Weiterbildung insgesamt – ermöglicht werden können. Dabei kommt der Erhöhung der Motivation und des Durchhaltevermögens bei den besonders relevanten Teilnehmer\*innengruppen eine besondere Bedeutung zu.

- **FDP:** Wir Freie Demokraten wollen neben Bachelor- und Masterabschlüssen auch Mini-Abschlüsse („Micro Degrees“) im Hochschulrahmengesetz verankern. In der beruflichen Bildung wollen wir Teilqualifizierungen und Bildungsbausteine auf allen Fortbildungsstufen ausbauen. Zur verbesserten Anerkennung und Vergleichbarkeit informell erworbener Kompetenzen fordern wir einen bundesweiten Orientierungsrahmen. Weiterbildung muss flexibel gestaltbar sein und sich der individuellen Lebenssituation anpassen. Die Nachfrage nach Bildungsbausteinen, die man berufsbegleitend absolvieren kann, steigt. Sie ermöglichen schrittweise Bildungsaufstiege, aber auch den Erwerb interdisziplinärer Kompetenzen auf demselben Qualifikationsniveau. Damit fördern wir die Bildungsmobilität.
- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Wir wollen die Förderung von Zukunftskompetenzen deutlich ausweiten und setzen uns deshalb für einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung ein. Aus- und Weiterbildung wollen wir dabei im Sinne des lebensbegleitenden Lernens stärker miteinander verzahnen. Dafür wollen wir GRÜNE die Zertifizierung und Anerkennung von Weiterbildungsabschlüssen und -modulen reformieren und bundeseinheitlich vergleichbar machen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung kann in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und den anderen Akteuren der Weiterbildung für transparente und anschlussfähige Strukturen in der Weiterbildungslandschaft sorgen. Dadurch kann die wechselseitige Anerkennung von Abschlüssen und Modulen gewährleistet werden. Unser Ziel ist, dass zukünftig gerade Angebote im Bereich der Digitalisierung auf einer zentralen digitalen Plattform online transparent zugänglich gemacht werden.



- **Die Linke:** siehe Antworten zu Frage 1.

### **Zusammenfassung und Fazit**

CDU/CSU und SPD betonen die Bedeutung einer umfassenden grundständigen Berufsausbildung, für die Teilqualifikationen unter dem Aspekt einer lebenslangen Fortbildung relevant sind. Die FDP sieht eine eigenständige Funktion in Micro-Degrees, die im Hochschulrahmengesetz verankert werden sollen. Der Schwerpunkt von Bündnis 90 / Die Grünen liegt auf der Transparenz bei der Anerkennung der verschiedenen Module.

## VI. Weiterbildung in der Breite stärken

Der Bedarf an Weiterbildung herrscht vor Ort. Deshalb sind Leuchtturmprojekte und Kompetenzzentren zwar wichtig, die Weiterbildungsangebote müssen allerdings in der Fläche wahrgenommen werden – insbesondere von kleinen und mittleren Betrieben, und ganz besonders in sogenannten „strukturschwachen“ Regionen.

### Die Forderung des GI-Beirats

Der GI-Beirat IT-Weiterbildung fordert den Ausbau und die Finanzierung regionaler Weiterbildungsangebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen in Kooperation von wissenschaftlicher und unternehmensinitiiertem Weiterbildung auf Bundesebene.

### Die Frage an die Parteien

Wie stehen Sie zu einem Ausbau und zur Finanzierung regionaler Weiterbildungsangebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen in Kooperation von wissenschaftlicher und unternehmensinitiiertem Weiterbildung? Und was planen Sie auf Bundesebene, um dies zu fördern?

### Die Positionen der Parteien

- **CDU/CSU:** Zahlreiche Bildungsanbieter übernehmen regional Verantwortung für individuelles und lebensbegleitendes Lernen. Wir unterstützen den Auf- und Ausbau sowie eine stärkere Vernetzung der Weiterbildungsangebote auf regionaler Ebene. Ein regionaler Weiterbildungsatlas kann dazu beitragen, digital und analog alle Träger und deren Maßnahmen der Weiterbildung in einer Region aufzuführen. Bereits heute fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Projekt hoch&weit (Laufzeit: 2020 bis 2023), welches den Aufbau eines Informationsportals zur wissenschaftlichen Weiterbildung unterstützt. Die Umsetzung wird eng von der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium begleitet und mit den Portalentwicklungen in einzelnen Bundesländern abgestimmt. Zudem wollen wir regionale Koordinierungsstellen weiter ausbauen und die Weiterbildungsperspektive in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stärken.
- **SPD:** Mit dem Bundesprogramm zum Aufbau von Weiterbildungsverbänden auf regionaler Ebene haben wir bereits Strukturen zur Kooperation und Vernetzung zwischen Unternehmen auf der einen Seite und Bildungs- und Beratungseinrichtungen auf der anderen Seite geschaffen. Damit stärken wir regionale Wirtschafts- und Innovationsnetzwerke. Digitale Kompetenzen sind dort ein wichtiger Baustein, den wir bei der Weiterentwicklung der Weiterbildungsverbände stärken wollen.
- **FDP:** Wir Freie Demokraten setzen auf Wahlmöglichkeiten der Menschen: Durch ein „Midlife-Bafög“ und ein persönliches Freiraumkonto wollen wir jedem die Finanzierung von Weiterbildung und Bildungszeiten ermöglichen.



Weiterbildungsangebote – regionale, bundesweite, digitale und Weiterbildungen in Präsenz – sollen auf einer digitalen Plattform leicht zugänglich gemacht werden. Die Inanspruchnahme dieser Finanzierungsangebote durch regionale Weiterbildungs Kooperationen aus Wissenschaft und Wirtschaft würden wir sehr begrüßen. Zudem wollen wir Hochschulen stärker für die akademische Weiterbildung und für Lehrangebote jenseits der Erstausbildung öffnen. Insbesondere an den Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften sehen wir dabei große Potenziale für Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft.

- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Wir wollen, dass alle Interessierten möglichst wohnortnah beste Beratung und gute Angebote der Fort- und Weiterbildung erhalten können. Mit dem Aufbau regionaler Bildungsagenturen wollen wir einen Rahmen schaffen, in dem alle Akteure der Weiterbildung vor Ort, beispielsweise Arbeitsagenturen, Jobcenter, berufsbildende Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen und Kammern, ihre Kompetenzen bündeln können. Unternehmen wollen wir GRÜNE bei der Weiterbildung ihrer Beschäftigten mit Beratungsangeboten und bei Bedarf auch Förderung unterstützen. Dafür wollen wir das Qualifizierungschancengesetz weiterentwickeln und sie als starke Kooperationspartner in regionalen Bildungsnetzwerken gewinnen.
- **Die Linke:** siehe Antworten zu Frage 1.

### **Zusammenfassung und Fazit**

Die CDU/CSU will mit einem regionalen Weiterbildungsatlas alle Träger und deren Weiterbildungsmaßnahmen in jeder Region transparent machen und regionale Koordinierungsstellen weiter ausbauen. Auch die SPD setzt auf den weiteren Ausbau des Bundesprogramms zum Aufbau von Weiterbildungsverbänden auf regionaler Ebene. Die FDP will ein „Midlife-Bafög“ und ein persönliches Freiraumkonto einführen, um so jedem die Finanzierung von Weiterbildung und Bildungszeiten zu ermöglichen. Die Grünen setzen auf den Aufbau regionaler Bildungsagenturen, in denen alle Akteure der Weiterbildung vor Ort ihre Kompetenzen bündeln, und auf eine Weiterentwicklung des Qualifizierungschancengesetzes.

## VII. Digitale Grundkompetenzen vermitteln

Wir leben in einer zunehmend durch digitale Technologien geprägten Gesellschaft und Arbeitswelt. An der Digitalisierung führt heute kein Weg mehr vorbei, das gilt in besonderem Maße, wenn Arbeitnehmer\*innen auch zukünftig beschäftigungsfähig sein wollen. Digitale Kompetenzen – also Fähigkeiten, sich in der digitalisierten Welt zurechtzufinden und diese aktiv mitzugestalten – sind eine von acht Schlüsselkompetenzen des lebenslangen Lernens.<sup>8</sup> Um an der digital vernetzten Gesellschaft und Arbeitswelt partizipieren zu können, müssen Veränderungsbereitschaft und der Wille zum Erlernen dieser Kompetenzen mitgebracht werden.

### Die Forderung des GI-Beirats

Der GI-Beirat IT-Weiterbildung fordert, digitale Grundkompetenzen in der Breite der Bevölkerung zu vermitteln. Es müssen bundesweite Angebote zur gezielten Vermittlung digitaler Kompetenzen geschaffen werden – insbesondere für Menschen in Beschäftigungen, die einer hohen Digitalisierungsdynamik ausgesetzt sind, sowie für Menschen, die bisher kaum oder gar nicht von Weiterbildungsangeboten erreicht wurden.

### Die Frage an die Parteien

Wie stehen Sie zu einem bundesweiten Angebot zur gezielten Vermittlung digitaler Grundkompetenzen an Personen in Beschäftigungsbereichen mit hoher Digitalisierungsdynamik sowie an Personengruppen, die bisher kaum von Weiterbildungsangeboten erreicht wurden?

### Die Positionen der Parteien

- **CDU/CSU:** Soziale Sicherheit in Deutschland soll nicht nur Armut verhindern, sondern jedem ein Leben in Würde ermöglichen. Daher werden CDU und CSU eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende starten, um zum Beispiel Sprachkompetenzen und Ausbildungsfähigkeit zu verbessern. Wir werden jedem ein Angebot machen, damit die Betroffenen wieder für sich selbst und andere sorgen können. CDU und CSU stehen zum Grundsatz des Förderns und Forderns. Deshalb werden wir auch die Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten.

Damit mehr geringqualifizierte Arbeitslose an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen, werden CDU und CSU die Rahmenbedingungen verbessern. Die Anrechnung von Einkommen im SGB II wollen wir neu ausgestalten, um damit mehr Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu setzen und einen schrittweisen Ausstieg aus Hartz IV zu fördern. Ziel muss sein, möglichst viele Menschen aus Hartz IV wieder in Arbeit zu bringen. Hinzuverdienstregeln für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 21. Lebensjahr und während der Ausbildung zum ersten berufsqualifizierenden

---

<sup>8</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:32006H0962> (letzter Aufruf am 14.09.2021).



Abschluss in Bedarfsgemeinschaften werden wir im Rahmen des Jugendschutzes ebenfalls deutlich ausweiten.

Sprache hat überragende Bedeutung – für die gleichberechtigte Teilhabe, aber auch für die Identifikation mit unserem Land und unserer Kultur. Wir wollen den Spracherwerb der Migrantinnen und Migranten beschleunigen und setzen dabei vermehrt auf digitale, flexible und zielgruppenspezifische Angebote. Auch Zuwanderer und ihre Familien aus der Europäischen Union sollen durch gezielte Informations- und Sprachförderungsmaßnahmen bessere Unterstützung erhalten, um ihren Zuzug in qualifizierte Beschäftigung und die Integration der ganzen Familie von Anfang an zu fördern.

- **SPD:** Digitale Grundkompetenzen müssen bei allen Weiterbildungsmaßnahmen berücksichtigt werden, vor allem in Branchen, die von der digitalen Transformation besonders betroffen sind. Wir wollen die Sozialpartner stärken, dazu Vereinbarungen auf Betriebsebene zu treffen. Denn die Anforderungen an konkrete Weiterbildungsinhalte können dort am besten adressiert werden. Zudem werden wir mit einem Transformations-Kurzarbeitergeld die Qualifizierung von Beschäftigten in Betrieben unterstützen, die sich neu orientieren müssen. Auch dort werden digitale Kompetenzen eine entscheidende Rolle spielen.

Neben der individuellen Weiterbildungsförderung wollen wir die Möglichkeiten eines Beschäftigtentransfers stärker fördern, wenn betriebliche Umstrukturierungen oder Betriebsschließungen unvermeidlich sind. Auch die neue Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung soll gerade Angebote für Menschen ermöglichen, die in Branchen mit einer hohen Veränderungsdynamik tätig oder bereits arbeitslos geworden sind.

- **FDP:** Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein. Diese soll in drei Säulen Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen. Die erste Säule stellt Informationen, Materialien und Kurse bereit, um bei Menschen aller Altersklassen das Verständnis über die Grundlagen der Digitalisierung, aktuelle technische Entwicklungen und gesellschaftliche Debatten zu fördern, damit sie als aufgeklärte und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in einer digitalisierten Welt agieren können. Dabei sollen insbesondere Themen wie Desinformation, IT-Sicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz, aber auch Hatespeech, Cybermobbing und Online-Sucht abgedeckt werden.

Die zweite Säule ist die Beurteilung und Zertifizierung von digitalen Lehr- und Lernmitteln hinsichtlich rechtlicher und pädagogischer Mindeststandards. Die Ergebnisse werden in einer Positivliste (Weißliste) für Bildungssoftware zusammengefasst und in einer digitalen Bibliothek bereitgestellt. Bildungsinstitutionen können Anfragen zur Prüfung an die Bundeszentrale richten, die sie zügig bearbeitet.

Die dritte Säule befasst sich mit der digitalen Transformation des Bildungswesens und hierbei konkret mit digitaler Didaktik und der Aus- sowie Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen zur Implementierung digitaler Lernstrategien. Dabei sollen sowohl konkrete Angebote für Lehrende zur Weiterbildung angeboten als auch Konzepte der Lehre und Schule der Zukunft erarbeitet und in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Länder umgesetzt werden.

- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Die Vermittlung digitaler Grundkompetenzen ist für uns eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe an einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft und einem Arbeitsmarkt im Wandel. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass digitale Kompetenzen bereits in der Schule vermittelt und entlang der gesamten Bildungskette gefördert werden. Insbesondere Menschen, die bisher kaum an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen, wollen wir gezielt unterstützen, digitale Kompetenzen zu erwerben. Dafür schaffen wir hochwertige Beratungsangebote vor Ort und online, weiten die öffentliche Förderung von Fort- und Weiterbildungen zielgruppenspezifisch deutlich aus und sorgen mit einem Anspruch auf befristete Freistellung mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang dafür, dass insbesondere auch Menschen, die keinen Zugang zu betrieblichen Angeboten haben, die Chance auf berufliche und persönliche Entwicklung erhalten.
- **Die Linke:** siehe Antworten zu Frage 1.

### **Zusammenfassung und Fazit**

Insbesondere die CDU/CSU sieht keinen besonderen Handlungsbedarf bei der Förderung der digitalen Kompetenzen, für sie stehen Sprachkompetenzen und Ausbildungsfähigkeit im Vordergrund. Die SPD setzt auf eine Stärkung der Sozialpartner, eine Stärkung der Aushandlung auf betrieblicher Ebene und ein Transformations-Kurzarbeitergeld. Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich für eine Vermittlung digitaler Kompetenzen ein, die bereits in der Schule beginnt und dann lebenslang, auch außerhalb des betrieblichen Rahmens, angeboten werden soll. Demgegenüber knüpfen SPD und CDU/CSU die Vermittlung digitaler Kompetenzen vor allem an die betriebliche Aus- und Weiterbildung – bei der CDU/CSU mit einem besonderen Schwerpunkt auf der beruflichen Wiedereingliederung für Arbeitssuchende. Ziel der FDP ist die Einrichtung einer Bundeszentrale für Digitale Bildung, welche die Koordination der Vermittlung digitaler Bildung übernehmen soll.

## VIII. Benachteiligten Gruppen Weiterbildung ermöglichen

Wie die Adult Education Survey (AES-Trendreport) zum Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2018 zeigt, beteiligten sich Männer im Jahr 2018 mit 57 Prozent deutlich häufiger an Weiterbildungen als Frauen (52 Prozent). Zudem liegt die Quote der Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung bei Personen mit Migrationshintergrund der ersten Generation mit 30 Prozent niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund (43 Prozent) oder Personen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation (42 Prozent). Wenngleich der AES-Trendreport in den Quoten der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen weder im Geschlecht noch in der Herkunft beeinflussende Merkmale hinsichtlich der Weiterbildungsbeteiligung erkennt, sind Frauen und Personen mit Migrationshintergrund besonders stark von den digitalisierungsbedingten Veränderungen am Arbeitsmarkt betroffen, da sie überproportional häufig in Teilzeit- und geringer qualifizierten Tätigkeiten zu finden sind. Deshalb muss ihnen besondere Aufmerksamkeit zuteilwerden.

### **Die Forderung des GI-Beirats**

Der GI-Beirat IT-Weiterbildung fordert, einen Angebotsrahmen und Zugang für digitale Weiterbildungsangebote für Menschen mit Sorgeverantwortung zu schaffen, die zu deren zeitlichen Möglichkeiten und Bedarfen passen und ein Community-Building ermöglichen.

### **Die Frage an die Parteien**

Wie werden Sie einen Angebotsrahmen und Zugang für digitale Weiterbildungsangebote gestalten, die bisher wenig erreichte Zielgruppen einbinden könnten, wie z. B. Frauen, ältere Menschen, Teilzeitbeschäftigte oder Migrant\*innen?

### **Die Positionen der Parteien**

- **CDU/CSU:** siehe Antworten zu Frage 7.
- **SPD:** Die Bedarfe für Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung nehmen deutlich zu. Neben der betrieblichen Weiterbildung und der Qualifizierung von Erwerbslosen steht dabei zunehmend auch die individuelle berufliche Weiterbildung im Fokus. Diesen gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Unternehmen, Beschäftigten, den Sozialpartnern und der öffentlichen Hand. Damit die Menschen die digitale und ökologische Transformation für sich gestalten können, ist es wichtig, Rechtsanspruch auf Weiterbildung und eine faire finanzielle Unterstützung auch für Lohnausfall während einer Weiterbildung bereitzustellen. Diese Bildungs- bzw. Zukunftszeiten zur selbstbestimmten Gestaltung von Weiterbildungsphasen sollten so selbstverständlich werden wie Elternzeiten.

Darüber hinaus wollen wir die Volkshochschulen als Akteure der Weiterbildung stärken. Das schließt auch den Bereich der digitalen Weiterbildung mit ein. Mit ihrer regionalen Verankerung haben sie die Möglichkeit die individuellen

Weiterbildungsbedarfe in der Region zielgenau zu adressieren. Das schließt auch die niedrigschwellige Ansprache von Gruppen ein, die auf anderen Wegen schwer zu erreichen sind.

- **FDP:** Wir wollen vor allem Menschen zielgenau unterstützen, die bisher nicht ausreichend erreicht wurden, wie Geringqualifizierte und Geringverdiener. Durch das Midlife-Bafög für Menschen mit geringem Einkommen von bis zu 1.000 Euro im Jahr, das über mehrere Jahre angespart werden kann, und die Möglichkeit auf einem Freiraumkonto steuer- und abgabefrei für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten zu sparen, wollen wir allen Menschen ermöglichen, Weiterbildung zu finanzieren. Mit dem zweiten Bildungssystem sollen sich auch Menschen im Ruhestand unbürokratisch weiterbilden können.

Ältere Menschen sollen auch in Alten- oder Seniorenwohnheimen Zugang zu schnellem Internet haben. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten. Den digitalen Zugang zu einer bundesweiten Übersicht passender Weiterbildungsangebote wollen wir durch eine Stärkung der persönlichen Weiterbildungsberatung ergänzen. Zudem wollen wir bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie schaffen. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen insbesondere für Frauen.

- **Bündnis 90 / Die Grünen:** Wir GRÜNE wollen nach dem Vorbild der Jugendberufsagenturen flächendeckend regionale Bildungsagenturen aufbauen, in denen sich alle Weiterbildungsakteure vernetzen, ihre jeweiligen Kompetenzen einbringen und auf Augenhöhe im Sinne der Weiterbildungsinteressierten kooperieren. Neben hochwertiger und neutraler Bildungsberatung soll hier auch über Fördermöglichkeiten aufgeklärt werden und diese sollen direkt beantragt werden können. Diese niedrigschwellige Struktur ermöglicht es insbesondere Menschen, die bisher zu selten am lebensbegleitenden Lernen teilnehmen, Informationen und Unterstützung bei der Fort- und Weiterbildung zu erhalten. Eine zentrale Online-Plattform bringt darüber hinaus Übersicht in den Dschungel der Angebote und sorgt für mehr Transparenz für alle Interessierten.
- **Die Linke:** siehe Antworten zu Frage 1.



## Zusammenfassung und Fazit

CDU/CSU setzen auf eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die SPD setzt neben der Stärkung der Volkshochschulen v. a. auf den Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Bildungs- bzw. Zukunftszeiten zur selbstbestimmten Gestaltung von Weiterbildungsphasen. Die FDP setzt auf ein Midlife-Bafög und ein Freiraumkonto, über das Arbeitnehmer\*innen steuer- und abgabenfrei für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten sparen können, und will die Vereinbarkeit von Weiterbildung und Familie verbessern. Die Grünen setzen flächendeckend auf regionale Bildungsagenturen und eine Online-Plattform für mehr Transparenz.

## Über den GI-Beirat IT-Weiterbildung

Der Beirat zur IT-Weiterbildung in der Gesellschaft für Informatik e. V. beschäftigt sich mit der außeruniversitären Weiterbildung in der Informatik und mit dem Erwerb digitaler Kompetenzen. Er richtet sich ausdrücklich an IT-Fachkräfte mit beruflichem Werdegang, Unternehmen, die IT-Fachkräfte beschäftigen und weiterbilden, Verbände und Funktionäre sowie an die Bildungspolitik. Mitglieder des Beirats sind der GI-Fachbereich „Informatik und Ausbildung/Didaktik der Informatik“, der GI-Fachbereich „Informatik und Gesellschaft“, der Bundesverband IT-Mittelstand (BITMi), der Verband der deutschen Internetwirtschaft e. V. (eco), der Fraunhofer Verbund IUK-Technologie, die Initiative D21 e. V., vertreten durch das Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit, sowie die Technische Akademie Esslingen (TAE). Weitere Informationen unter: <https://gi.de/weiterbildung>.